



POLITIK / KOMMENTAR

Frankreich - Streiks und Kämpfe zu erwarten ...

(SB) - In seiner mit Spannung erwarteten Neujahrsrede hat Präsident Emmanuel Macron unterstrichen, daß er die höchst umstrittene Rentenreform durchsetzen will. Da das Land seit dem 5. Dezember durch zahlreiche Streiks und Blockaden in erheblichen Teilen lahmgelegt ist und die Gewerkschaften unter dem Druck der Basis selbst einen befristeten Weihnachtsfrieden abgelehnt hatten, war nicht auszuschließen, daß sich Macron zu gewissen Zugeständnissen genötigt sehen könnte. Der Präsident hatte sich während der Streiks ... (S. 5)

POLITIK / MEINUNGEN

Hunger - Verschleierungshilfen ...

(SB) - Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat 15 Hotspots benannt, die in diesem Jahr dringend Nahrungsmittelhilfe benötigen, andernfalls sich dort die katastrophale Versorgungslage weiter rapide verschlechtern werde. Erforderlich seien deshalb nicht nur eine Soforthilfe gegen den Hunger, sondern auch längerfristige Investitionen. Zu den Hotspots gehören Simbabwe, Südsudan, Haiti, Zentralsahel ... (S. 8)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Kolumbien

Mit Cacerolazos aus dem Tiefschlaf

von Daniela Rivas G., Lateinamerika Nachrichten, 23. Dezember 2019

Durch die andauernden Protestaktionen zeigt die Zivilgesellschaft in Kolumbien ein neues Gesicht

Seit dem 21. November hört es nicht mehr auf zu beben in der kolumbianischen Gesellschaft. Beginnend mit einem Generalstreik gehen Kolumbianer*innen seitdem in großen und kleinen Städten für Frieden, den Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen und der Umwelt und mehr Investitionen in Bildung auf die Straße. Die friedliche Rückeroberung der Öffentlichkeit und die Artikulation von gemeinschaftlichen Interessen erschüttern den gefestigten Status Quo der Gleichgültigkeit gegenüber den ungerechten Verhältnissen im Land und den Gräueln eines 56-jährigen bewaffneten Konflikts. Nach jahrelangem kollektivem Wegschauen wacht ein Teil der entpolitisierten kolumbianischen Gesellschaft endlich auf.

Laut und kreativ war der Protest, als die Menschen sich für den Auftakt des Generalstreiks in Bogotá versammelten. Im Takt des Trommelwirbels tanzten Jung

und Alt vor der nationalen Universität, im Simón Bolívar Park und vor der Casa Nariño, dem Regierungssitz, mitten in der Hauptstadt. "Ich will in einem Land in Frieden und ohne Angst leben", "Unsere Kinder sind kein militärisches Ziel" oder "Basta ya" ("Es reicht"), stand auf den Plakaten der Demonstrant*innen, die ihren Unmut gegen die Regierung von Präsident Iván Duque zum Ausdruck brachten.

Damit war es allerdings vorbei, als am frühen Nachmittag Polizist*innen der Aufstandsbekämpfungseinheit (ESMAD) mit Tränengas den gewaltlosen Protestzug, der zum Flughafen führen sollte, unterbrachen. "Ich habe mich in die Enge getrieben gefühlt. Wir waren Tausende, die versuchten in irgendeiner Ecke Schutz zu finden. Einige rannten los, andere stellten sich der ESMAD entgegen, wieder andere versuchten über das Geschehen zu berichten. Ich habe gesehen, wie die Wut und Angst nicht mehr zu bändigen waren", schildert Daniela Quintero, Journalistin der Stiftung für Frieden und Versöhnung, die Eskalation der Proteste.

Auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Vermummten und der mobilen Einheit zur Aufstandsbekämpfung (ESMAD) in Bogotá und Cali überschatteten die friedliche Stimmung und die vielfältigen Forderungen der Protestierenden. Vermummte warfen Steine auf Busstationen des öffentlichen Nahverkehrs und Molotov-Cocktails auf Polizist*innen. In beiden Städten wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Die Polizei verbreitete eine Warnung vor Raubzügen von Kriminellen - die aber nie eintrafen

Die Polizei reagierte mit brutaler Härte. Militärs und Polizist*innen patrouillierten entlang der Straßen der ärmeren Bezirke Bogotá und Calis und warfen Steine auf Häuser und umliegende Gebäude, während die Bewohner*innen von drinnen die Ausschreitungen filmten und ins Internet hochluden. Als die Polizei in der Nacht zum 22. November die falsche Warnung von massenhaften Raubzügen durch Gated Communities verbreitete, bewaffneten sich einige Anwohner*innen mit Pistolen, Messern und Besen, um sich gegen die Kriminellen zu verteidigen, die aber nie eintrafen.

Andere Bürger*innen ließen sich währenddessen ihr Recht auf Protest nicht verbieten. Viele schlugen von ihren Wohnungen und Balkonen aus auf Töpfe und trotz der nächtlichen Ausgangssperre versammelten sich die Bogotaner*innen auf den Straßen und tanzten dort zum Takt der ersten landesweiten cacerolazos (Pro-

testform, bei der durch Schlagen auf Kochtöpfe Krach gemacht wird). Sogar vor dem Haus des Präsidenten im Norden der Hauptstadt schlugen Hunderte auf ihre Kochtöpfe, während drinnen Iván Duque eine Fernsehansprache hielt. "Heute haben die Kolumbianer*innen gesprochen, wir hören ihnen zu. Der soziale Dialog war schon immer ein Aushängeschild dieser Regierung und wir müssen ihn mit allen Sektoren der Gesellschaft vertiefen", sagt der Präsident, der bis jetzt keinen ernstzunehmenden Dialog mit dem Streikkomitee eingegangen ist. "Das kolumbianische Volk kann sicher sein, dass wir es nicht erlauben werden, dass Vandalen und Gewaltbereite die Gesellschaft erschrecken und vor allem die Möglichkeiten uns auszudrücken einschränken", erklärte Duque weitergehend.

Es war dann aber die ESMAD, die den Protest blutig niederschlug und mit Wasserwerfern und Tränengas auflöste. Die Gewalt eskalierte, als am Samstag, dem 26. November in Bogotá ein Polizist dem 18-jährigen Dilan Cruz aus einer Entfernung von zehn Metern mit illegaler Munition den Kopf zertrümmerte. Aufgrund des Schädelbruchs wurde er sofort ohnmächtig. Drei Tage später erlag Cruz in einem Krankenhaus in Bogotá seinen Verletzungen, dem Tag seines offiziellen Schulabschlusses. Seitdem wird bei den Protestaktionen immer wieder betont: Dilan ist nicht gestorben, er wurde von der Polizei ermordet.

Diese wird jedoch, wie zu erwarten, von der Politik in Schutz genommen. Unter dem Hashtag #NoPudieron schrieb die Innen-

ministerin Nancy Patricia Gutiérrez, die 2011 wegen Vorteilsgewährung zu Hausarrest verurteilt wurde, auf Twitter: "Die Polizei wurde attackiert, damit sie reagiert und ihr später vorgeworfen werden kann, dass sie Menschenrechtsverletzungen begeht." Mitglieder der rechtsgerichteten Partei Demokratisches Zentrum (CD) gingen noch weiter und nahmen den ermordeten Schüler ins Visier: "Es wurde festgestellt, dass Dilan Cruz ein Randalierer war", behauptete die Senatorin Paloma Valencia in einem Interview der Zeitschrift Semana. In der ersten Woche des Streiks wurden 769 Menschen (darunter 397 Polizist*innen) verletzt und 914 Menschen willkürlich verhaftet.

Dass ausgerechnet ein Reformpaket der Regierung das Fass zum Überlaufen brachte, mag zunächst verwunderlich klingen. Doch seine zum Teil gravierenden Folgen für die Lebensbedingungen der Kolumbianer*innen erklären, warum so viele unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche dem Aufruf der Gewerkschaften folgten. Es wird zu Recht befürchtet, dass damit ein System weiter gefestigt wird, das Wachstum und Wirtschaftsinteressen vor die Arbeitsrechte der Bürger*innen stellt.

Trotz andauernder Proteste gegen die Reformvorschläge der Regierung wurde deren paquetazo (Gesetzespaket) in Windeseile im Senat durchgewunken. Ein Teil dessen ist die Steuerreform, die am 4. Dezember von der ersten Kammer des Senats ratifiziert wurde und die steuerliche Ungerechtigkeit in Kolumbien weiter vertiefen wird. Die darin enthaltene

Steuersenkung von umgerechnet 264 Millionen Euro bei Megainvestitionen und der Steuererlass beim Kauf von Immobilien über 230.000 Euro sind ein sattes Weihnachtsgeschenk für Unternehmen und Superreiche.

Populistisch ist dagegen der versprochene Erlass der Mehrwertsteuer an drei Tagen im Jahr, den Duque vorschlug, als die Proteste auf den Straßen über sieben Tage andauerten.

Besonders groß ist die Ablehnung gegenüber der von der Regierung vorgeschlagenen Arbeits- und Rentenreform, welche die informelle Arbeit, die steigende Arbeitslosigkeit und Altersarmut bekämpfen soll. Stundenverträge statt unbefristeter Verträge, so lautet die Zauberformel der Regierung, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Diese Flexibilisierung wird allerdings zu einer Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitigem Verlust von Arbeitsrechten führen. Denn die sozialen Leistungen werden infolgedessen gekürzt, die Sozialversicherungsbeiträge nach Stunden berechnet und die gesundheitlichen und sicherheitsrelevanten Arbeitsnormen gesenkt.

Auch die geplante Fusion der privaten und staatlichen Rentenunternehmen bereitet große Sorgen. Um zwölf Prozent soll das Budget des neuen Rentensystems wachsen. Bis jetzt ist allerdings noch nicht klar, wie die Integration privater und staatlicher Rentenkassen funktionieren soll. Dazu ist es sehr wahrscheinlich, dass zu wenige Menschen von dem erhöhten Budget profitieren. Vor allem wenn man beachtet, dass nur zwei von zehn Kolumbianer*in-

nen überhaupt rentenberechtigt sind.

Trotz lautstarker Kritik von den Gewerkschaften und Akademiker*innen, beharrt die zuständige Ministerin Duques auf einen positiven Effekt dieser Arbeits- und Rentenreform. Denn für diese taube Regierung sind die Prioritäten klar: "Das wichtigste ist, dass das wirtschaftliche Wachstum und die Produktivität erhöht wird", behauptete die Arbeitsministerin Alicia Arango (CD) im Interview mit der Wirtschaftszeitung El Portafolio.

Ursprünglich beinhaltete die von der Regierungspartei vorgeschlagene Arbeitsreform eine Kürzung des Mindestlohns auf 160 Euro statt bisher 208 Euro für Menschen unter 25 Jahren. Der sogenannte differenzierte Mindestlohn sollte die Arbeitgeber entlasten und einen Anreiz darstellen, Menschen mit weniger Arbeitserfahrung einzustellen. Angesichts des lautstarken Protests von Studierenden, die ohnehin schon schwindelerregende Semestergebühren für das Studium bezahlen müssen, wurde der Vorschlag zurückgezogen. Ob es dabei bleibt, ist noch offen. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Regierung entgegen ihrer Versprechungen handelt.

Währenddessen schmieren Duques Zustimmungswerte bei der Bevölkerung weiter ab. Nach 15 Monaten im Amt ist die Unbeliebtheit des Präsidenten mit 69 Prozent höher als die aller seiner Vorgänger. Von Beginn seiner Regierungszeit an wurde Duque als eine Marionette seines politischen Vaters, Alvaro Uribe Vélez, verlacht. Mit 19 Auslands-

reisen in seinem ersten Jahr als Präsident wird Duque als ein abwesendes und dazu sehr ungeschicktes Staatsoberhaupt wahrgenommen, das die Realität des Landes verkennt. Er erklärte den "breiten gesellschaftlichen Dialog" zum Ziel seiner Regierung, brach dann aber Anfang 2019 die Verhandlungen mit der nationalen Befreiungsarmee (ELN) ab und ließ als "Strategie" schlicht internationale Haftbefehle auf ihre Anführer ausstellen.

Indem Duque die Friedensverhandlungen mit der ELN von der bedingungslosen einseitigen Waffenruhe abhängig machte, verspielte er die historische Chance auf ein Kolumbien ohne Aufständische. Der Abbruch der Friedensverhandlungen hat zu einem Erstarken der nun ältesten aktiven Guerilla des Kontinents geführt.

Nach der Entwaffnung der revolutionären bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens - Volksarmee (FARC-EP) war zu befürchten, dass das Machtvakuum in den ländlichen Regionen von der ELN und paramilitärischen Gruppierungen gefüllt wird. Und da es offensichtlich keine Ambitionen gab, die Situation weiterzudenken, löste dies einen regelrechten Kokain-Boom in Kolumbien aus, der zu einem neuen Rekord in der Produktion des weißen Pulvers führte. Laut den Vereinten Nationen wird derzeit 70 Prozent des weltweit verkauften Kokains in Kolumbien hergestellt. Doch anstatt Programme zur freiwilligen Vernichtung der Koka-Plantagen zu stärken, beharrt die Regierung auf die Zwangsvernichtung der Plantagen durch eine Sondereinheit der Armee. Im Krieg gegen

die Drogen 3.0 wurde das Land nun wieder weiter militarisiert, mit einer Armee, die den Befehl hat, im Zweifel auch zu schießen.

Obwohl eigentlich der Kampf gegen die grassierende Korruption angesagt wäre, sah Präsident Duque unbeteiligt zu, als seine Partei ein Gesetz zur Korruptionsbekämpfung im Senat immer wieder verhinderte und schließlich endgültig zum Scheitern zwang. Das im November 2016 unterzeichnete Friedensabkommen mit den bewaffneten Streitkräften Kolumbiens (FARC) wurde zu einer Zielscheibe von Uribes CD-Partei. Aufgrund von mangelndem politischen Willen wurde die integrale Zusammensetzung der Vereinbarungen torpediert und ihre Umsetzung bewusst verlangsamt.

"Was wir heute erleben, ist etwas, das es noch nie in der kolumbianischen Geschichte gab: die Cacerolazos, die empörten Leute auf der Straße, die Menschen, die immer noch von der Regierung klare Lösungen und Antworten fordern", sagt Alejandro Palacio Restrepo, Mitglied des kolumbianischen Verbandes der Studierendenvertreter*innen (Acree). Die andauernden Aktionen mit der Beteiligung von Aktivist*innen, Künstler*innen und Musiker*innen sind ein noch nie dagewesener Impuls für einen übergreifenden sozialen Dialog über Ungerechtigkeiten und Privilegien. Und dieser historische Moment wäre ohne die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla vor drei Jahren und ihrer darauf folgenden Entwaffnung nicht möglich.

Dass Frieden in Kolumbien dennoch weiter eine gedachte Größe bleibt, die nur auf dem Papier gilt, ist ein Affront gegenüber den Opfern des bewaffneten Konflikts, den entwaffneten Guerilleros und einer Zivilgesellschaft, die nach dem Nein im Referendum zum Friedensabkommen wach geworden ist. Die Welle willkürlicher Tötungen von Zivilist*innen, gezielter Ermordungen von Menschenrechtsaktivist*innen und entwaffneten FARC-Guerilleros können im heutigen Kolumbien nicht mehr versteckt und geleugnet werden. Zum ersten Mal schaut die entpolitisierte kolumbianische Gesellschaft nicht mehr weg, sondern versöhnt sich mit der eigenen Geschichte voller Vertreibungen, Entführungen und Tod.

Erstveröffentlichung:

<https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/mit-cacerolazos-aus-dem-tiefschlaf/>

Der Schattenblick dankt der Redaktion der Lateinamerika Nachrichten für die Nachdruckgenehmigung.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1940.html>



POLITIK / AUSLAND

*poonal -
Pressedienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Mexiko

Befragung befürwortet Tren Maya

von Knut Hildebrandt

(Oaxaca-Stadt, 31. Dezember 2019, npla) - Bei Mitte Dezember 2019 auf der mexikanischen Halbinsel Yucatán durchgeführten Konsultationen stimmte der Großteil der Teilnehmenden dem von Präsident López Obrador initiierten Infrastruktur-Projekt Tren Maya zu. Die indigene Bevölkerung wurde in insgesamt 30 Versammlungen konsultiert. An diesen nahmen Repräsentant*innen von dreiviertel der betroffenen Gemeinden teil. Laut Regierungsangaben gab es kaum Widerspruch zum Projekt. Die Gemeinden haben dem Tren Maya im "Konsens" zugestimmt, hieß es weiter.

Zeitgleich wurden in Teilen der vom Großprojekt betroffenen Bundesstaaten Bürgerbefragungen durch Anhänger*innen der Regierungspartei Morena durchgeführt. Die Zustimmung zum Projekt lag bei diesen Befragungen bei über 90 Prozent. Allerdings war die Beteiligung sehr gering - nur gut 100.000 Personen nahmen teil. Allein in Yucatán leben 4,5 Millionen Menschen. Die Befragungen wurden allerdings auch in den Bundesstaaten Chiapas und Tabasco durchgeführt.

Konsultationen als Simulation bezeichnet

Kritiker*innen des Projektes bezeichnen die Befragungen als Simulation. Aufgrund ihres improvisierten Charakters haben sie nicht den Anforderungen der ILO-Konvention 169 über die Konsultation indigener Gemeinden bei Großprojekten entsprochen, bemängeln sie. Darüber hinaus gebe es noch keine Studien über die ökologischen Auswirkungen des Projektes.

Die 1.500 Kilometer lange Zugstrecke soll die Badeorte an der Karibikküste Mexikos mit den Maya-Ruinen in Yucatán verbinden und bis nach Palenque im Bundesstaat Chiapas führen. Dabei soll sie zum Teil auch durch Naturschutzgebiete führen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/befragung-befuerwortet-trenn-maya/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1941.html>

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Frankreich - Streiks und Kämpfe zu erwarten ...

Das sind keine Neujahrswünsche, das ist eine Kriegserklärung an die Millionen Franzosen, die seine Reform ablehnen. Ein Außerirdischer hat gesprochen.

Jean-Luc Mélenchon über die Neujahrsansprache Präsident Macrons [1]

(SB) 3. Januar 2020 - In seiner mit Spannung erwarteten Neujahrsrede hat Präsident Emmanuel Macron unterstrichen, daß er die höchst umstrittene Rentenreform durchsetzen will. Da das Land seit dem 5. Dezember durch zahlreiche Streiks und Blockaden in erheblichen Teilen lahmgelegt ist und die Gewerkschaften unter dem Druck der Basis selbst einen befristeten Weihnachtsfrieden abgelehnt hatten, war nicht auszuschließen, daß sich Macron zu gewissen Zugeständnissen genötigt sehen könnte. Der Präsident hatte sich während der Streiks sehr zurückgehalten und Premierminister Edouard Philippe für die Verhandlungen vorgeschickt. Nur einmal schaltete er sich von einem Afrikabesuch vor Weihnachten ein und bat um eine "Waffenruhe" zu den Festtagen, doch niemand erhörte ihn.

Für Macron ist es der zweite Winter der sozialen Proteste. Im vergangenen Jahr war er nach den landesweiten Blockaden und massenhaften Demonstrationen der Gelbwesten zurückgerudert und hatte die geplante Kraftstoffsteuer zurückgenommen wie auch weitere Zugeständnisse gemacht.

Diesmal verhält er sich völlig anders, bleibt hart und unnachgiebig, um die wichtigste Reform seiner Amtszeit durchzudrücken, die er bereits im Präsidentschaftswahlkampf angekündigt hatte. Als der damalige Premierminister Alain Juppé 1995 versuchte, das Rentensystem zu reformieren, mußte er sein Vorhaben nach drei Wochen Streiks zurückziehen. Macron setzt hingegen auf Konfrontation und scheint entschlossen zu sein, in einem Machtkampf gegen weite Teile der Bevölkerung seine Präsidentschaft an einen Erfolg zu binden.

Macron gab sich in der traditionellen Neujahrsansprache aus dem Elysée-Palast weder spontan noch festlich, sondern erweckte den Eindruck, als lese er starren Blicks in die Kamera jedes Wort ab. Zwar zeichnete er ein Bild von Frankreich, in dem die Arbeitslosigkeit zurückgeht, die Wirtschaft besser läuft und der Umweltschutz hoch auf der Agenda steht, doch beschwor er ein ums andere Mal die Einheit der Nation und forderte, man dürfe vor weiteren Reformen nicht zurückschrecken. Die wichtigste Botschaft seiner 17 Minuten langen Rede war denn auch: "Die Rentenreform wird weiter verfolgt." Er verteidigte sein Projekt mit den Worten, er wolle "das Land verwandeln, stärker und gerechter machen". Er könne nachvollziehen, daß "die getroffenen Entscheidungen verletzen und Befürchtungen und Widerstand wecken

können". Dies sei jedoch kein Grund, auf Änderungen zu verzichten. Ein Festhalten an den bisherigen Regelungen bedeute "Verrat an unseren Kindern und deren Kindern, die dann den Preis für unseren Verzicht zahlen müssen", griff Macron tief in die ideologische Mottenkiste. [2]

Das französische Rentensystem wird als veraltet bezeichnet, weil es 42 verschiedene Pensionsregelungen umfaßt. Dabei variieren Renteneintrittsalter und Pensionsleistungen, so können beispielsweise Bahnangestellte wesentlich früher in Rente gehen als andere Beschäftigte. Entscheidend für die Reformpläne ist jedoch das Milliardendefizit der Rentenkassen, das Macron abbauen will, wobei natürlich auf der Hand liegt, wer die Zeche bezahlen soll. Der Präsident erklärt das System für unfair und zu teuer, weshalb er auf Rentenpunkte umstellen will, die für alle gleichermaßen gelten sollen. Insbesondere aber soll das Eintrittsalter von derzeit 62 auf künftig 64 Jahre angehoben werden, was zur Folge hätte, daß eine reduzierte Rente erhält, wer vor 64 Jahren in den Ruhestand geht, es sei denn, er profitiert wie Polizeibeamte oder Soldaten von Sonderregelungen aufgrund des Berufs. In einer Welt, in der die Menschen immer später anfangen zu arbeiten und immer länger leben, sei es unerläßlich, länger zu arbeiten, verkündete Macron. Er verteidigte auch das Punktesystem und versprach zudem, daß bei der Reform Rücksicht auf Menschen genommen werde, die körperlich anstrengende Berufe ausüben. Sie sollen weiterhin früher in Rente gehen können. [3]

Die präsidentiale Hiobsbotschaft zum Jahresbeginn rief harsche Kritik auf den Plan. Nicht nur der eingangs zitierte Mélenchon brachte die Stoßrichtung des elitären Auftritts auf den Punkt, vielmehr wurde Macron in vielen Kommentaren als "selbstherrlich" und "arrogant" bezeichnet. Der konservative Abgeordnete Eric Ciotti sah die Rede als "emotionslos" und "ohne Perspektive", der Generalsekretär der französischen Grünen, Julien Bayou, beschimpfte Macron als "billigen Abklatsch von Sarkozy". Auch die Avancen des Präsidenten an die Gewerkschaftsführungen, er hoffe auf einen "schnellen Kompromiss", fielen auf keinen fruchtbaren Boden.

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes CGT, Philippe Martinez, rief für kommende Woche zu Streiks sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor auf. Er sehe keine neue Position der Regierung und habe das alles schon tausendmal gehört. Macron sei "ein Präsident, der in seiner Blase eingeschlossen ist und denkt, dass alles gut ist im Land. Das Alarmsignal muss lauter werden. Wir brauchen überall Streiks". Martinez erklärte sich "natürlich" bereit zu der nächsten Verhandlungsrunde mit der Regierung am 7. Januar, forderte aber weiterhin die Rücknahme der Pläne. Kritisch äußerte sich auch der Generalsekretär der drittgrößten Gewerkschaft Force Ouvrière (FO). Der Präsident habe nicht überzeugen können, erklärte Yves Veyrier. Die CFDT, der als größter Gewerkschaft eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen mit der Regierung zukommt, reagierte zunächst nicht auf die Neujahrsrede. Sie befürwortet die

Reform im Grundsatz, doch ist für ihren Vorsitzenden Laurent Berger angeblich mit dem geplanten Eintrittsalter von 64 Jahren eine "rote Linie überschritten".

Ab dem 7. Januar wollen die Angestellten des Energiesektors drei Tage lang Ölraffinerien und Treibstoffdepots blockieren, wodurch Benzin knapp werden könnte. Für den 9. Januar sind die nächsten Massenproteste geplant, dann wollen sich Lehrer, Hafenarbeiter, Krankenhausangestellte und Mitarbeiter anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes den Streiks in den Verkehrsunternehmen anschließen. Sollte Macron darauf setzen, daß die Proteste abflauen, die verhandlungsbereiten Gewerkschaftsführungen einknicken und die Rentenreformpläne daraufhin ohne nennenswerte Abstriche durchgesetzt werden können, scheint er sich mit seiner konfrontativen Neujahrsrede einen Bären dienst erwiesen und für eine erneute Mobilisierung der breiten Protestbewegung gesorgt zu haben.

Warum versteift sich Emmanuel Macron auf eine Kriegserklärung, anstatt wie vor Jahresfrist Zuflucht zu einem angetäuschten Rückzugsmanöver zu nehmen, mit dem er den Protest der Gelbwesten zu befrieden hoffte? Zum einen hat das schon damals nicht wirklich funktioniert, worauf die Regierung massive Polizeirepression auffahren ließ. Zum anderen ist die Rentenreform ein Kernelement nicht nur der Präsidentschaft Macrons, sondern der französischen Eliten, die das Land nach deutschem Vorbild im Sinne einer höheren Profitrate des einheimischen Kapitals, eines gebändigten Widerstands von unten und

eines Wiedererstarkens nationaler Größe auf gleicher Augenhöhe mit der Bundesrepublik zurichten wollen. Nachdem seine Vorgänger Sarkozy und Hollande mit dem Vorhaben gescheitert sind, entsprechende Reformen durchzusetzen, bot sich Macron als neue Heilsfigur des Neoliberalismus europäischer Prägung zur Realisierung dieses Gewaltakts an. Bei seinem Amtsantritt äußerte er den Wunsch nach einer jupiterhaften Regentschaft, womit er eine heimliche royalistische Sehnsucht vieler Landsleute bediente. Er setzte dies zu Beginn seiner Amtszeit durch und gebärdete sich seiner Herkunft gemäß arrogant bis elitär, wovon er später aus taktischem Kalkül etwas Abstand genommen hat.

Während der Reformprozeß in Deutschland sehr viel länger gedauert hatte und auf eine jahrzehntelang ausgebaute Sozialpartnerschaft mit zahnlosen Gewerkschaftsführungen zurückgreifen konnte, machte sich Macron daran, die Reformen im eher widerborstigen Frankreich in rasantem Tempo durchzuziehen. Den zweiten Teil des Arbeitsgesetzes verfügte er sogar per Verordnung, statt ihn parlamentarisch absichern zu lassen. Das hat den nationalen Eliten und der EU sehr gefallen, aber das Faß zum Überlaufen gebracht. Im französischen Arbeitsrecht hat das Gesetz Vorrang vor allen anderen Vereinbarungen um Tarife oder in den Betrieben, während in Deutschland ein Gesetz über Betriebsvereinbarungen ausgehebelt werden kann. In Anpassung an das deutsche Modell stärkt Macrons neues Arbeitsrecht die Betriebsebene, die Gesetze beispielsweise zu Arbeitszeiten un-

terlaufen kann. Zudem ist dies der entscheidende Schub für die Präkarisierung aller Lebensverhältnisse, da es keine fest garantierten Arbeitsverträge wie bei den Eisenbahnern mehr gibt. Dementsprechend heftig entfaltete sich der Widerstand gegen die neuen Arbeitsgesetze, der zwar letzten Endes nicht erfolgreich war, aber viele Erfahrungen sammelte, die in die nachfolgenden Kämpfe einfließen.

Macrons Bild eines Landes, in dem sich positive Entwicklungen deutlich abzeichnen, könnte irreführender nicht sein. Das gesellschaftliche Szenario ist von Krisen gekennzeichnet: Deindustrialisierung, hohe Arbeitslosigkeit, permanentes Außenhandelsdefizit, öffentliche Verschuldung bei 99 Prozent. Auch in Frankreich wird die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen den Anliegen der Menschen und dem Machtanspruch der Regierung immer größer. Etwa 8,8 Millionen Menschen haben weniger als 1000 Euro im Monat zur Verfügung, davon 5 Millionen weniger als 850 Euro. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt über weniger als 1500 Euro monatlich. Diese Verelendung, Ausgrenzung und Entwürdigung verschärft Macron mit seinen am Hartz-IV-Modell angelehnten Reformen.

Es kommt ihm gelegen, daß er es im aktuellen Konflikt nicht in erster Linie mit den Gelbwesten, sondern den Gewerkschaften zu tun hat, mit denen seit Monaten verhandelt wird. Das gesellschaftliche Klima hat sich jedoch im Kontext der Gilets Jaunes spürbar verändert, und da die Rentenreform alle Menschen betrifft, stehen die Gewerkschaftsführungen unter wachsendem

Druck der Basis, sich nicht nur kampfbereit zu gebärden, sondern auch keinen Kuhhandel mit der Regierung einzugehen. Im vergangenen Jahr mobilisierten Klimaprotest, Gelbwesten und Gewerkschaften unter dem Motto "Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit", um auf der Straße deutlich zu machen, daß diese Fragen nicht voneinander zu trennen sind. Der französische Staat faßte eine mögliche "Konvergenz" verschiedener Protestbewegungen als Bedrohung auf und begegnete dieser mit Verboten, einem enormen Polizeiaufgebot und massiver Repression. Ihm geht es darum, die Menschen einzuschüchtern, die Bewegungen zu spalten, den Protest zu kriminalisieren und die Kontrolle der Straße wie auch der Deutungsmacht wiederzugewinnen.

Im Jahr 2015 wurde unter Hollande der Ausnahmezustand verhängt und seither mehrfach verlängert. Macron hob ihn auf, indem er die darin vorgesehenen erweiterten Möglichkeiten der Exekutive ins Gesetz schrieb und damit zur Regel machte. Hinzu kam ein neues Demonstrationsgesetz, das präventive Verhaftungen gestattet. Vor kurzem wurde auch ein Vermummungsverbot erlassen, wie es in Deutschland schon lange gilt. Die Brutalität der französischen Polizei, die sich in der Banlieue und bei großen Streiks schon seit Jahrzehnten austobt, richtete sich voller Wucht auch gegen die Gelbwesten. Die Staatsgewalt steht bereit, die ausbrechenden Klassenkämpfe im Keim zu ersticken, steckt damit jedoch die Lunte an ein Pulverfaß sozialer Verwerfungen und anwachsenden Zorns, das zur Explosion drängt.

Hunger - Verschleierungshilfen ...

Hunger - Verschleierungshilfen ...

(SB) - Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat 15 Hotspots benannt, die in diesem Jahr dringend Nahrungsmittelhilfe benötigen, andernfalls sich dort die katastrophale Versorgungslage weiter rapide verschlechtern werde. Erforderlich seien deshalb nicht nur eine Soforthilfe gegen den Hunger, sondern auch längerfristige Investitionen. Zu den Hotspots gehören Simbabwe, Südsudan, Haiti, Zentralsahel (Mali, Burkina Faso, Westniger), Demokratische Republik Kongo, Afghanistan, Liba-

non, Irak sowie die Dürregebiete im südlichen Afrika, Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Libyen, Nigeria, Bolivien und Äthiopien.

Obschon in Venezuela die Grundversorgung mit Lebensmitteln ausgesprochen schlecht sein soll - so behaupten es jedenfalls Oppositionspolitiker Juan Guaidó und die ihn als Interimspräsidenten anerkennenden ausländischen Interessen -, wird es vom WFP genauso wenig erwähnt wie Indien, das Land, in dem in absoluten Zahlen die meisten Menschen Hunger leiden. Auch in dem von Sanktionen gebeutelten Iran ist die Versorgungslage der Bevölkerung mangelhaft. Mit dem Bericht "WFP Global Hotspots 2020 - Potential flashpoints to look out for in New Year" [1] vom Januar 2020 soll anscheinend nur auf einen Trend zu vermehrtem Nahrungsmangel aufmerksam gemacht werden, nicht aber auf die Hungerlage an sich. Beispielsweise ist das WFP auch in Syrien und Jemen tätig, wo akuter Nahrungsmangel besteht. Sie sind nicht als Hotspots aufgeführt. Offenbar ist in den beiden Ländern die Ernährungslage bereits so schlecht, daß es von da aus kaum noch tiefer in den Keller gehen kann.

Ein Blick zurück auf frühere Appelle des WFP zeigt allerdings, daß es seit vielen Jahren, teils Jahrzehnten oftmals die gleichen Hotspots sind, in denen gehungert wird, auch wenn sie nicht so ge-

nannt wurden. Die meisten betroffenen Staaten liegen in Afrika. Umgekehrt sind im weltweiten Vergleich auch die Wohlstandsregionen im wesentlichen die gleichen geblieben. Das läßt sich nicht mit Zufall oder Schicksal erklären.

"Auf Augenhöhe mit Afrika" ist ein bei westlichen Politikern wie dem deutschen Bundesentwicklungsminister Gerd Müller beliebter Spruch. Mit ihm wollen sie die jahrhundertealte Kolonialgeschichte vergessen machen, um eben diesem nach wie vor hierarchischen Verhältnis ein neues Etikett zu verleihen. "Auf Augenhöhe mit Afrika" bedeutet offenbar nicht, daß alles dafür getan wird, um Menschen aus ihrer existentiellen Not herauszuholen. Denn wenn das politische Priorität genösse, dürfte es keinen Hunger mehr geben. Zu atmen, Nahrung aufzunehmen und von Krankheiten verschont zu bleiben, sind für einen Menschen wichtiger als alle anderen Dinge im Leben. Um ihren Hunger und Durst zu stillen, würden Menschen nahezu alles tun. Das Vorhalten von Nahrung, die Androhung von Hunger und, in abgeschwächter Form, Armut erweist sich seit Beginn der Herrschaft des Menschen über den Menschen als ein hochwirksames Zuchtmittel.

Anders gesagt: Wenn es dauerhaft an einer grundlegenden Ernährungssicherheit mangelt, dann

Fortsetzung von Seite 7:

Anmerkungen:

[1] www.tagesspiegel.de/politik/gewerkschaft-ruft-zu-neuen-streiks-in-frankreich-auf-heftige-kritik-nach-macrons-silvesterrede/25379956.html

[2] www.welt.de/newsticker/news1/article204689534/Rente-Gewerkschaften-durch-Macrons-Neujahrsrede-nicht-besaenftigt.html

[3] www.faz.net/2.1677/frankreich-macron-haelt-an-umstrittener-rentenreform-fest-16560491.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1219.html>

wird das gesteuert. Hunger wird gemacht, mit jedem Tag neu. Hilfsorganisationen wie das WFP, so unverzichtbar sie unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen für das Leben und Überleben zahlreicher Menschen auch sein mögen, tragen am Ende zum Erhalt der vorherrschenden Ordnung bei. Sicherlich, das WFP hinterfragt schon mal die unzureichende Spendenbereitschaft der sogenannten Geberländer und beschränkt sich auch nicht darauf, Nahrung und Nahrungsergänzungsmittel zu verteilen, sondern verlangt Investitionen in diesen Ländern. Genau dafür steht schließlich der aktuelle Bericht zu den weltweit 15 Hotspots, für die in diesem Jahr eine besondere Aufmerksamkeit ge-

fordert wird. Aber die Systemfrage wird nicht aufgeworfen.

Wer über das größere Kapital verfügt und in der Lage ist, seine Interessen militärisch durchzusetzen, kann die Regeln bestimmen, nach denen global produziert, gehandelt und verbraucht wird. In keinem einzigen Entwicklungsförderungsprogramm wurde und wird das Zepter an die Länder des Globalen Südens übergeben, damit sie mal an der Reihe sind, zu bestimmen, wo es langgeht. Diejenigen Länder, die massiv davon profitieren, daß sie am oberen Ende der Wertschöpfungskette stehen, nennen sich euphemistisch "Geberländer", weil sie ein paar Krümel von dem Brot, für das Menschen am unte-

ren Ende der Wertschöpfungskette gearbeitet haben, abgeben. Würde man diesen Widerspruch berücksichtigen, spräche niemand von 15 Hotspots, in denen sich die Lage rapide verschlechtert, sondern von einem einzigen, globalen Hotspot, verwaltet von einer Ordnung, in der Hunger ebenso wie die Stillung des Hungers den ihnen zugedachten Platz einnehmen.

Anmerkungen:

[1] <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000111565/download/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1359.html>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Hauch von Yoga und Kontemplation

(SB) - Wie sehr sich sakrale Kunst und profane Allerweltsmanier in den elementarsten Ansichten voneinander unterscheiden, zeigt sich darin, daß für den Laien Schach nur dem Zwecke der Zerstreuung dient, wohingegen dem Meister des 64feldrigen Feldes nichts so sehr verdrießt, wie wenn sich seine Gedanken zerstreuen, auf Wanderschaft gehen zu den unheiligen Orten unverzeihlichster Fehlbeurteilungen. Der Meister übt sich in striktester Beherrschung aller Regungen des Geistes. Es hat etwas von Yoga und Konplentation an sich, wenn er vor dem Brett sitzt und um Erleuchtung ringt. Felsige Klippen ersteigt er in seinen Über-



Räsänen - Bertola
Fernpartie 1981

legungen, jetzt ein falscher Gedanke, und er stürzt unweigerlich in den Matt-Tod hinab! Der Laie sieht das Problem gelassener. Al-

lenfalls empfindet er bei einer Niederlage Eifersucht auf den Sieger. Ein Meister dagegen kann sich solche Gefühlsduseleien nicht leisten. Er ist Profi und damit für seine Handlungen in vollem Umfang verantwortlich. Nur bei sich sucht er die Schuld für mißratene Züge. Zerstreuung ist ihm Schimpf und Laster und ein entwürdigender Makel an seinen Fähigkeiten. Ach, wieviele Welten trennen ihn doch von der allgemeinen Zerstreuungssucht! Auch im heutigen Rätsel der Sphinx fiel Schwarz in den Abgrund, weil er mit seinem letzten Zug 1...Tf8- f7? auf einen losen Stein getreten war, Wanderer. Wo hatte er bloß seine Gedanken?

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Anders als beim US-Präsidenten folgte hier nach 1.Da4xc6? faktisch eine Amtsenthebung: 1...g4xf3 2.g2-g3 - 2.Dc6xh6 Tg8xg2+ 3.Kg1-h1 Tg2- g6! 4.Dh6-h4 Lc5-e7! - 2...Tg8-g6! und Weiß gab auf, weil er nach 3.Dc6xc5 Df5xh3 zwangsläufig mattgesetzt worden wäre.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07139.html>

I n h a l t **Ausgabe 3133 / Samstag, den 4. Januar 2020**

- 1 POLITIK - AUSLAND:
Kolumbien - Mit Cacerolazos aus dem Tiefschlaf (Pressenza)
- 4 POLITIK - AUSLAND:
Mexiko - Befragung befürwortet Tren Maya (poonal)
- 5 POLITIK - KOMMENTAR:
Frankreich - Streiks und Kämpfe zu erwarten ...
- 8 POLITIK - MEINUNGEN:
Hunger - Verschleierungshilfen ...
- 9 SCHACH-SPHINX:
Hauch von Yoga und Kontemplation
- 10 DIENSTE - WETTER:
Und morgen, den 4. Januar 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. Januar 2020

Vorhersage für den 04.01.2020 bis zum 05.01.2020



© 2020 by Schattenblick

Regen, Graupel, starker Wind sind die wesentlichen Teile, die himmlisch zugegen sind, Jean hat keine Langeweile.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.